

unermesslichen Schaden zuzufügen. Durch ihre Taten haben sie die Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus und seiner westdeutschen und westberliner Handlanger aktiv unterstützt und die Bestrebungen aller deutschen Patrioten, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und den Frieden zu erhalten, aufs schwerste beeinträchtigt.

Zur Rechtfertigung der danach verhängten schweren Strafen bedarf es keiner weiteren Ausführung.

Unser Volk, alle Werktätigen und die schaffende Intelligenz, hat die Aufgabe übernommen, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus aufzubauen. Wir alle sind uns darüber klar, daß mit der Zunahme unserer Erfolge sich der Kampf unserer Gegner, der Kampf der anglo-amerikanischen Imperialisten noch verschärfen wird, und daß auch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihre Angriffe und Störungsversuche in immer neuen Formen, mit immer neuen Methoden in Erscheinung treten werden. Die Widerspiegelung dieses Kampfes in den letzten Jahren zeigte sich schon in den Prozessen, die früher vor dem Obersten Gericht durchgeführt worden sind. Darunter befinden sich auch Spionageprozesse. Aber das, was sich in den Prozessen gegen die Agenten des sogenannten „Untersuchungsausschusses freier Juristen“ enthüllt hat, bringt eine neue, ganz besondere Form eines hochorganisierten Apparates und seiner Methoden zum Ausdruck. Jene Organisation, die sich „Untersuchungsausschuß freier Juristen“ nennt, hat sich zwar ein ethisch-moralisches Mäntelchen umgehängt und besitzt die Dreistigkeit, im Namen von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, ist in Wirklichkeit aber, wie durch die Geständnisse sämtlicher Angeklagter und die Aussagen der vernommenen Zeugen eindeutig bewiesen wurde, nichts anderes als eine aus amerikanischen Geldern finanzierte Spionageorganisation, die die ihr vorgeschriebene Tätigkeit in amerikanisierten Formen des Geschäftsbetriebes und mit Methoden entfaltet, die gegenüber ihren sogenannten Mitarbeitern bis zu reinen Gangster- und Erpressermethoden gehen. Mit diesen verbrecherischen Mitteln versucht die Organisation, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ein weitverzweigtes Netz von Spionen und Saboteuren aufzubauen.

Es ist uns bekannt, daß dieser „Untersuchungsausschuß freier Juristen“, offenbar in voller Erkenntnis der Bedeutung, die unserer demokratischen Justiz für den Schutz und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zukommt, seit Jahren versucht, auch in die Kreise unserer Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte einzudringen, um auch von dort aus seine Hebel zur Störung und Unterhöhlung unseres politischen und wirtschaftlichen Neuaufbaus anzusetzen. Die Methoden, die dabei angewendet werden, sind den Zwecken, die man erreichen will, angepaßt. Die Betroffenen, die man aus irgendwelchen Gründen anzusprechen für gut befindet, erhalten zunächst allerlei im Geiste seiner Verfasser und Hersteller gedrucktes oder vervielfältigtes „Werbematerial“ und zugleich oder etwas später unter harmlos aussehenden, natürlich gefälschten Deckadressen individuell abgefaßte und persönlich gehaltene Schreiben. Sie werden darin zur Mitarbeit aufgefordert oder um Unterredungen gebeten, vielfach in Verbindung mit einem Hinweis darauf, daß der „Untersuchungsausschuß“ ihre Tätigkeit bereits seit längerer Zeit „sorgfältig beobachtet und ständig überwacht“. Reagiert der Angesprochene darauf nicht, so erhält er in der Regel in gewissen Zeitabständen eine Art von Erinnerungsschreiben, in dem er unter Hinweis auf das Ausbleiben seiner Antwort an seine nunmehr fällige Stellungnahme mehr oder weniger dringlich gemahnt wird. Dabei geht man im Falle des Mißerfolges sehr bald zu offenen oder versteckten Drohungen über, die man zumeist mit größerer oder geringerer Geschicklichkeit aus irgendwelchen beruflichen oder dienstlichen Vorgängen herzuleiten sucht, mit denen man den Angesprochenen in Verbindung bringt. Das Ziel aller dieser Machenschaften ist, das ausersehene Opfer innerlich in der infamsten Weise unsicher und durch Gewissenszwang und Verängstigung „weich“ und den verbrecherischen Zielen der Organisation gefügig zu machen.

Wir sind uns darüber klar und wissen aus eigener Erfahrung, daß die weitaus größte Mehrzahl derartiger Versuche an dem längst erreichten hohen moralisch-politischen Bewußtseinsstande unserer Kollegen wirkungslos abgeprallt ist und abprallen wird. Andererseits aber wissen wir, auf wie vielfältige Art und Weise, z. B. durch Verärgerung, durch irgendwelches Unrecht, das man erlitten hat oder erlitten zu haben glaubt, es dazu kommen kann, daß sich — vielfach gerade in Menschen, die es mit ihrer Verantwortung ernst nehmen — gewisse Mißstimmungen ansammeln, besonders dann, wenn der Betroffene keine Gelegenheit hat oder findet, sich darüber auszusprechen. Auf derartige Situationen warten aber die Drahtzieher in der Limastraße, um ihre Opfer zu dem ersten Schritt, der Aufnahme irgendeiner Verbindung mit ihnen, zu verlocken. Ist dieser erste Schritt einmal getan, so ist der, der sich auf solche Weise hat einfangen lassen, ein für allemal den skrupellosen Methoden seiner Bedränger verfallen. Er wird bis aufs letzte ausgepreßt und, wenn er wirklich einmal, von Gewissens quälen bedrängt, versuchen sollte, die verhängnisvolle Verbindung abzubrechen, dann sorgen neue, notfalls gesteigerte massive Drohungen dafür, daß er „bei der Stange“ bleibt, bis ihn so oder so mit der Vernichtung seiner gesamten Existenz das endgültige Verderben ereilt.

Wir, die Richter des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik, haben, obwohl uns diese Methoden jener verbrecherischen Organisation und ihre Anwendung auch auf die Kreise unserer Berufskollegen bekannt waren, dazu bisher geschwiegen; wir halten es aber nunmehr nach den Erfahrungen des letzten bei uns geführten Prozesses für unsere Pflicht, aus unserer bisherigen falschen Reserve herauszutreten. Der Prozeß enthüllte, daß sich auch Menschen, die früher bei uns als Juristen tätig waren, schäm- und gewissenlos zu gekauften Agenten und Antreibern verbrecherischer Spionage erniedrigt haben. Der frühere Rechtsanwalt Erdmann aus Belgien, der schon dort als amerikanischer Agent wirkte, ist der „Chef“ jener Bande. Rosenthal aus Potsdam nennt sich „Leiter der Abt. für Strafprozeßrecht“, und Wolk aus Berlin bearbeitet das „Referat“ Volkspolizei. Wir wissen, daß die auf der gleichen Stufe wie die „freier Juristen“ stehende Hildebrandt-Tillichsche „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ durch die Enthüllungen, die der Prozeß gegen die Burianek-Bande über den terroristischen Charakter dieser Organisation in eindeutiger Weise erbracht hat, praktisch zerschlagen ist, und gehen nicht fehl in der Annahme, daß auch die „freier Juristen“ ein ähnliches Schicksal zu erwarten haben. Wir sind aber ebenso sicher, daß mit der Verschärfung des Klassenkampfes neue, in anderer Weise getarnte Organisationen auftreten werden, um die verbrecherische, gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Tätigkeit ihrer Vorgänger verstärkt fortzusetzen zu versuchen. Deshalb müssen gerade wir Juristen die wachsende Gefahr rechtzeitig erkennen, um uns dagegen zu schützen.

Wir rufen Sie daher auf:

Sorgen Sie dafür, daß es für Helfershelfer der „freier Juristen“ und ähnlicher Banden auch nicht den kleinsten Schlupfwinkel bei unseren Gerichten gibt. Benutzen Sie die Reform unseres Gerichtsaufbaus, um gründlich mit allen diesen Einflüssen aufzuräumen!

Sorgen Sie dafür, daß Ihre Gerichte für alle Zeiten frei bleiben von amerikanischen Agenten und ihren Helfershelfern!

Schließen auch Sie sich der großen Bewegung unserer Werktätigen gegen Rias-Hören und Westpresse-Lesen an!

Niemand, der von den „freier Juristen“ oder von ähnlichen Organisationen angesprochen wird, ist dadurch belastet. Es ist selbstverständlich, daß jeder Richter, jeder Mitarbeiter unserer Justiz alle ihm zu-